

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Jürgen Schmude MdB, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, zur Bildungspolitik 1980: CDU/CSU-Blockade will Bildungspolitik zum Testfall für Konfliktstrategie benutzen.

Seite 1-3

Hans Matthöfer MdB, Bundesfinanzminister, würdigt Walter Hesselbach zu dessen 65. Geburtstag: Freund, Kollege und Genosse.

Seite 4

### Dokumentation

Auszüge aus dem Wahlprogramm der SPD Baden-Württemberg: Für ein bißchen mehr Menschlichkeit.

Seite 5-9

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 14

21. Januar 1980

### Aufgaben der Bildungspolitik 1980

-----  
CDU/CSU-Blockade will Bildungspolitik zum Testfall für Konfliktstrategie benutzen

Von Dr. Jürgen Schmude MdB  
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

1980 wird auch und gerade für die Bildungspolitik ein schwieriges Jahr. Einerseits bleibt sie angewiesen auf einen Mindestkonsens über Landes- und Parteigrenzen hinweg. Andererseits ist die Bildungspolitik besonders anfällig für Glaubenskriege und politische Konfrontation. Schon die Auseinandersetzung über die Fortschreibung des Bildungsgesamtplans in den letzten Monaten hat dies deutlich gezeigt: Die Blockadepolitik der CDU/CSU-geführten Länder bei der Fortschreibung und in der Frage der Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse läßt vermuten, daß die Bildungspolitik als Testfall für eine Konfliktstrategie erhalten soll. Das bisherige Echo in der Öffentlichkeit zeigt, daß wir diesen Konflikt nicht zu scheuen brauchen: Die Bürger erkennen deutlich, wer den Konflikt erzwungen hat, um die Sorgen der Schüler, Auszubildenden und Eltern im Wahlkampf zu nutzen.

Auch in einem Wahljahr dürfen Lösungen und Ergebnisse in der Sache nicht auf die lange Bank geschoben werden: Es geht um konkrete Anliegen, Erwartungen und Bedürfnisse der Bürger, um unsere Kinder.

Als Beispiel nenne ich nur einen Ausschnitt aus dem Bildungsgesamtplan, der die Zielprojektion für das gesamte Bildungswesen bis zum Jahr 1990 enthalten soll: den künftigen Bedarf an Lehrern. Ob wir auch in den nächsten Jahren noch zusätzliche Lehrer einstellen können und wieviele oder ob - wie es die Finanzministerkonferenz in ihrer Stellungnahme gefordert hat - der Lehrerbestand in den nächsten Jahren abgebaut werden soll, das ist eine Frage mit sehr handfesten und sehr spürbaren Auswirkungen für alle: davon hängt ab, ob es gelingen wird, den immer noch erheblichen Unterrichtsausfall abzubauen, die immer noch zu großen Klassen zu verkleinern, die Betreuung gerade auch für die schwächeren Schüler zu verbessern, den Bestand der wohnortnahen Schulen zu sichern und natürlich auch, welche Berufschancen unser Lehrernachwuchs ha-



ben wird und wie sich der einzelne darauf einstellen soll. Solche Fragen dürfen im Interesse der Bürger nicht aus wahltaktischen Gründen unbeantwortet bleiben.

Das gilt auch für andere Kernstücke des Bildungsgesamtplans; für den Ausbau des 10. Vollzeitbildungsjahres, für die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung, für die langfristige Sicherung der Politik der Öffnung der Hochschulen, den Ausbau der Weiterbildung, die verstärkte Förderung und Integration benachteiligter Jugendlicher, die Eingliederung der Kinder unserer ausländischen Mitbürger und die Verbesserung der außerschulischen Jugendbildung.

Auch im Jahre 1980 werden wir daher unsere Anstrengungen darauf richten, in diesen Fragen weiterzukommen, - auch wenn die Verabschiedung des Bildungsgesamtplans noch in diesem Jahr durch die bisherige Verzögerungstaktik der CDU/CSU-geführten Länder in hohem Maße gefährdet ist.

In der Gesamtschulfrage liegt die Entscheidung allein bei der Kultusministerkonferenz. Wir werden aber wie bisher alle unsere Einflußmöglichkeiten geltend machen, damit der drohende Rückfall in bildungspolitische Kleinstaaterei verhindert wird und die Verunsicherung von Hunderttausenden von Gesamtschülern und ihren Eltern ein Ende findet. Es scheint so, als wenn auch der CDU/CSU ihre eigene Widersprüchlichkeit allmählich bewußter wird: Wer sonst so gern auf das Elternrecht pocht, kann nicht ernsthaft und auf Dauer die Errichtung von Gesamtschulen und die Anerkennung ihrer Abschlüsse dort verweigern, wo Eltern dies wünschen.

Die Streitigkeiten um den Bildungsgesamtplan und die Gesamtschule haben der Frage nach den strukturellen Mängeln unseres föderativen Bildungssystems neue Aktualität gegeben. Wir haben in unserem Bericht zu diesen Fragen auf die erheblichen und für den Bürger nicht mehr verständlichen Unterschiede in der Ausgestaltung des Bildungswesens in den einzelnen Ländern hingewiesen. Ein Mindestmaß an Einheitlichkeit in den Kernbereichen unseres Bildungswesens ist unverzichtbar. Die Kultusministerkonferenz hat vor mehr als Jahresfrist Abhilfe durch entsprechende Ländervereinbarungen versprochen. Seither ist wenig geschehen. Diese Frage wird auf der Tagesordnung bleiben, bis erhebliche Verbesserungen für die Bürger erreicht worden sind. Das vom Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft geplante Hearing zu diesen Fragen im März 1980 wird Gelegenheit bieten, diese Fragen aus dem Gremien-Dickicht erneut an das Tageslicht der Öffentlichkeit zu bringen.

In der beruflichen Bildung bleibt nach wie vor die Versorgung der geburtenstarken Jahrgänge mit guten Ausbildungsplätzen das vorrangige Thema. Wir gehen in dieses Jahr 1980 mit einer erfreulichen, wenn auch nicht voll zufriedenstellenden Ausbildungsplatzbilanz des Jahres 1979: Erstmals seit 1975 war das Angebot an Ausbildungsstellen höher als die Nachfrage. Aber diese Bilanz muß im kommenden Jahr nicht nur erhalten, sie muß weiter verbessert werden. Denn wir brauchen wie in allen Bildungsbereichen so auch in der beruflichen Bildung ein deutliches Überangebot an Plätzen, wenn die im Grundgesetz verbriefte freie Wahl der Ausbildungsstätte Realität werden soll. Noch sind die Wahlmöglichkeiten für den einzelnen zu begrenzt, sind vor allem die Unterschiede im regionalen Angebot zu groß und die Versorgung benachteiligter Jugendlicher ist alles andere als zufriedenstellend. Hier werden wir unsere Anstrengungen verstärkt fortsetzen müssen. Wir werden erstmals in diesem Jahr ein Sonderprogramm für die berufliche Ausbildung benachteiligter Jugendlicher durchführen, um insbesondere die Chancen von Hauptschülern ohne Abschluß und von Ausländerkindern in der beruflichen Bildung zu verbessern.

Die Förderung und Integration der ausländischen Kinder und Jugendlichen wird ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit 1980 sein. Wir schulden diesen Kindern, die in der Bundesrepublik Deutschland bleiben, mehr als Unterkunft und Duldung. Sie müssen bei uns eine Heimat finden, die ihnen die gleichen Chancen eröffnet wie ihren deutschen Altergenossen. Die Bildungspolitik muß dazu maßgebliche Beiträge leisten. Konkrete Vorschläge hat im



März 1979 der "Gesprächskreis Bildungsplanung" beim Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft gemacht. Diese Vorschläge zielen auf eine soziale Eingliederung der ausländischen Jugendlichen bei Förderung ihrer kulturellen Eigenart. Ich werde diese Politik, die abgestimmt ist mit der ressortübergreifenden Zielsetzung der Bundesregierung und den Maßnahmen anderer Ressorts, auch im Jahr 1980 durch konkrete Hilfen, insbesondere durch die Förderung von beispielgebenden Modellversuchen, weiter verfolgen.

Im Hochschulbereich stehen, nachdem die Phase der Hochschulgesetzgebung in Bund und Ländern abgeschlossen ist, vor allem drei Schwerpunkte an: die Fortsetzung unserer Politik der "Öffnung der Hochschulen", die inhaltliche Studienreform und die Sicherung eines hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses.

Die Politik der Öffnung der Hochschulen, die wir gegen heftigen Widerstand von vielen Seiten durchgesetzt haben, hat sich als erfolgreich erwiesen. Der erreichte Abbau des Numerus clausus hat alle damaligen Kritiker widerlegt. Diese Politik muß durchgehalten werden gerade in den nächsten Jahren, wenn die geburtenstarken Jahrgänge auf die Hochschulen zukommen.

In der Studienreform zeichnen sich Fortschritte ab, aber auch die Gefahr, daß es zu Verständigungsschwierigkeiten zwischen der Studienreformarbeit "vor Ort" an den einzelnen Hochschulen und den Arbeiten überregionaler Studienreformkommissionen kommt. Die Arbeit überregionaler Studienreformkommissionen wird nur Erfolg haben, wenn sie im ständigen Dialog mit denen erfolgt, die für die Umsetzung der Ergebnisse in die konkrete Lehr- und Lernpraxis verantwortlich sind. Die Voraussetzung für diesen Dialog wird günstiger sein, wenn die in den Hochschulen mißverständene Sanktionsregelung bei Überschreitung von Regelstudienzeiten abgeschafft ist; dies ist noch für das Jahr 1980 zu erwarten.

Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses habe ich im vergangenen Jahr Leitvorstellungen für ein künftiges Förderkonzept vorgelegt, das auf Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Hochschulen angelegt ist. Die bisherigen Diskussionen in verschiedenen Gremien ermutigen mich, hieran intensiv weiterzuarbeiten, um zu einem gemeinsamen Konzept zu kommen, das dann zügig umgesetzt werden kann. Denn ohne eine gezielte Förderung des hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses wird die Grundlagenforschung an den Hochschulen nicht die Leistungen weiterhin erbringen können, auf die unsere Gesellschaft und unsere wirtschaftliche Entwicklung künftig wohl noch mehr als bisher angewiesen sein wird.

Das Jahr 1980 markiert nicht nur das Ende einer erfolgreichen Legislaturperiode, sondern auch den Anfang eines neuen Jahrzehnts. Der Beginn der 80er Jahre bedeutete keine radikale Zäsur. Viele Fragen aus dem letzten Jahrzehnt werden uns auch im neuen noch beschäftigen. Aber sicher werden sich auch die Akzente in der Bildungspolitik verlagern: Nach dem enormen äußeren Ausbau unseres Bildungssystems wird der innere Ausbau, die Innenausstattung unseres Bildungswesens, in den Vordergrund rücken. Wir müssen und können uns wieder stärker auf die Frage konzentrieren, was unsere Kinder und Jugendlichen lernen müssen, um auf das Leben in der Berufswelt, in der Freizeit, in der Familie und der Gesellschaft gut vorbereitet zu sein. Hier liegen viele Konflikte, aber auch viele Chancen, die wir entschlossen nutzen sollten. Bildungspolitik wird daher auch in den 80er Jahren ihren hohen Stellenwert behalten, wenn wir das Ziel einer freiheitlich-demokratischen, sozialen und humanen Gesellschaft unbeirrt weiter verfolgen. (-/21.1.1980/hl/ea)



Freund, Kollege und Genosse

-----  
Walter Hesselbach 65 Jahre

Von Hans Matthöfer MdB  
Bundesminister der Finanzen

Dr. h.c. Walter Hesselbach ist am 20. Januar 65 Jahre alt geworden. Er kann als erster Vorstandsvorsitzender der Bank für Gemeinwirtschaft auf ein erfolgreiches Lebenswerk zurückblicken, das seinesgleichen sucht. Seine Verdienste um die Gemeinwirtschaft und den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt in unserem Land sind unbestritten.

Der gebürtige Frankfurter engagierte sich bereits in seiner Jugend in der Gewerkschaftsbewegung der Weimarer Republik, machte nach Abitur und Betriebswirtschaftsstudium eine Banklehre und war dann bis zum Kriege in verschiedenen kaufmännischen Stellungen tätig. 1947 trat er nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft als Bankrat bei der Bank deutscher Länder ein. Er wurde Betriebsratsvorsitzender. Damals traf ich ihn zum erstenmal, als ich als Student bei der Bank arbeitete.

Von 1952 bis 1958 war er Vorstandsmitglied der Hessischen Landeszentralbank, bis er von Willi Richter, dem damaligen DGB-Vorsitzenden, den Auftrag bekam, die damals sechs regionalen Gemeinwirtschaftsbanken zusammenzuführen. Walter Hesselbach löste diese Aufgabe mit glänzendem Erfolg. Heute ist die Bank für Gemeinwirtschaft eine überregionale Großbank von auch international höchstem Ansehen. Nach 15 Jahren als Vorstandsvorsitzender der Bank für Gemeinwirtschaft übernahm er 1977 den Vorsitz im Vorstand der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG.

Walter Hesselbach ist im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Interessen in eine überall geschätzte führende Vermittlerrolle hineingewachsen. Wie sehr sein Rat gesucht wird, läßt sich aus der Liste seiner Mandate, Ehren- und Nebenämter ablesen. Neben zahlreichen Aufsichtsratsmandaten stellt er sich wohltätigen, gemeinnützigen und sportlichen Organisationen zur Verfügung. Er übt das Ehrenamt eines Stadtrats in Frankfurt aus und arbeitet unter anderem für deutsch-israelische Institutionen.

Nach wie vor stellt Walter Hesselbach seinen Sachverstand auch unseren großen Bundesunternehmen zur Verfügung. Er ist unter anderem Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Lufthansa AG und Mitglied des Aufsichtsrats der Salzgitter AG sowie Verwaltungsratsmitglied der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Pfandbriefanstalt sowie der Bundespost.

Walter Hesselbachs Bereitschaft, seine Kraft und seine Erfahrungen dem Gemeinwesen zur Verfügung zu stellen, wird durch dieses Engagement unterstrichen. Daß er das gemeine Wohl nie aus den Augen verloren hat, sondern sich ihm immer verpflichtet fühlt, macht ihn zum Vorbild für die ihm nachfolgende Generation. Ich wünsche meinem Freunde, Kollegen und Genossen Walter Hesselbach noch viele gute Jahre. (-/21.1.1980/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Die SPD Baden-Württembergs hat am Wochenende im Hinblick auf die am 16. März vorgesehenen Landtagswahlen ihr Wahlprogramm verabschiedet. Wir dokumentieren Passagen, mit denen Alternativen zur CDU aufgestellt werden.

FÜR EIN BISSCHEN MEHR MENSCHLICHKEIT

Uns alle plagt in diesen Wochen die Sorge, aus dem Mittleren Osten könnte Feuer nach Europa überspringen. Deshalb müssen wir alles tun, damit die Brandherde eingedämmt und schließlich gelöscht werden können. Auf keinen Fall dürfen wir uns in militärische Auseinandersetzungen außerhalb Europas hineinziehen lassen.

Daher ist es gut, daß Bundeskanzler Helmut Schmit zusammen mit anderen Staatsmännern ruhig, besonnen und mit großem Nachdruck alles tut, um die Konflikte zu entschärfen und jede Aggression zu entmutigen.

In einer solchen Zeit verstehen Sie es wohl noch weniger als sonst, wenn Politiker im Wahlkampf vollmundig auftreten. Vielleicht wird Ihnen unser Wahlspruch

FÜR EIN BISSCHEN MEHR MENSCHLICHKEIT

eigentümlich bescheiden vorkommen, etwa im Vergleich zu dem triumphierenden "unser Land ist Spitze", das die andere große Partei verkündet...

Wohlstand ist gut, aber menschliches Miteinander macht er nicht einfacher. Technischer Fortschritt macht das Leben bequemer, aber auch kälter, leerer. Immer mehr Autobahnen, Kraftwerke, Butterberge, Müllhalden, Kabelfernsehprogramme bedeutet noch nicht, daß alles besser wird.

Wir werden keine Wunder wirken. Aber wir werden jeden Tag darum ringen, daß unser Leben ein bißchen menschlicher wird: Am Arbeitsplatz, in der Schule, im Verkehr, im Krankenhaus, hinter und vor den Schaltern der Ämter...

Recht auf Arbeit und Selbstverwirklichung in der Arbeit

o Die nachrückenden starken Schulentlassjahrgänge Anfang der 80er Jahre erfordern zusätzliche Arbeitsplätze in Baden-Württemberg. Sie müssen vor allem da geschaffen werden, wo sinnvolles Wachstum möglich und wünschenswert ist.

Wirtschaftliches Wachstum, das unsere Lebensbedingungen verbessert, ist beispielsweise notwendig und möglich in den Bereichen

- |   |                                       |
|---|---------------------------------------|
| a/ - Innenstadt- und Dorferneuerung   | - Sozialer Wohnungsbau                |
| - Lärmschutzmaßnahmen in Wohngebieten   | - Verkehrssicherheit                  |
| - Altbausanierung   |                                       |
| b/ Den gleichen Zweck erfüllen Investitionen zur Energieeinsparung:   |                                       |
| - Nutzung der Sonnenenergie   | - Einsatz neuer Techniken             |
| - Wärmedämmung  | - Wärmepumpen und Blockheizkraftwerke |
| - Ausbau von Fernwärmenetzen  |                                       |
| c/ Maßnahmen zur Erhaltung des Naturhaushaltes:   |                                       |
| - Wiedergewinnung von Rohstoffen, insbesondere der Luftreinhaltung, Abwasserreinigung sowie Recycling-Projekte. |                                       |

o Solche Aktivitäten kommen überwiegend kleinen und mittleren Betrieben zugute, wie sie in Baden-Württemberg vorherrschen. Arbeitsplätze in solchen Betrieben werden auch gesichert, wenn neben der Vielfalt von finanziellen Gewerbeförderungen die öffentliche Hand bei der Auftragsvergabe mittlere und kleinere Unternehmen vorrangig berücksichtigt...



- o Erhebungsgrundlage unseres Sozialversicherungssystems ist der einzelne Arbeitnehmer. Damit werden lohnintensive, meist kleinere und mittlere Betriebe, vor allem Handwerksbetriebe, mit Sozialverpflichtungen stärker belastet als Großbetriebe, die sich durch Automatisierung des Produktionsprozesses der Sozialverpflichtung zum Teil entziehen können.

Längerfristig ist deshalb eine Umstellung der Bemessungsgrundlagen von den Personalaufwendungen hin zur Wertschöpfung der Unternehmen erforderlich. Damit werden Computer und kapitalintensive Anlagen mit zur Finanzierung der Sozialleistungen herangezogen...

#### Hilfen für unsere Familien

Sozialdemokraten wollen den Familien helfen, ohne sie zu bevormunden. Sie wollen helfen, daß Zuwendung zu Kindern nicht mit materiellen Nachteilen bezahlt werden muß.

Sie wollen daher:

- o Sicherung der finanziellen Grundlage der Familie
  - Kein Elternbeitrag beim Kindergartenbesuch
  - Kostenlose Schülerbeförderung
  - Durchsetzung der Lernmittelfreiheit...

#### Bildung zur Freiheit - Mehr Freiraum für eine menschliche Schule

- o Urteilsfähige, gemeinschaftsfähige, kulturfähige Menschen sind das Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik. In Baden-Württemberg sind aber weder Schule, noch Berufsbildung, noch die völlig unzureichend ausgebaute Erwachsenenbildung so angelegt, daß sie den Menschen lebenslanges Lernen zur Entfaltung ihrer Urteilsfähigkeit ermöglichen.
- o Wer als Ziel der Bildung allein deren Verwertbarkeit auf dem heutigen Arbeitsmarkt im Auge hat, verengt den Menschen auf die Funktion, Produktionsmittel der Konkurrenz- und Wachstumsgesellschaft zu sein und verhindert zugleich eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Weiterentwicklung unserer Arbeitswelt.
- o Eine Schule, die Bürger zukunfts offen bilden will, braucht Freiraum. War es in der Vergangenheit wichtig, Chancengleichheit durch mehr Einheitlichkeit im Schulwesen zu sichern, so muß es jetzt unser Ziel sein, der Schule vor Ort eigenen Spielraum zu geben.
- o Erziehung geschieht nicht durch Thesen oder Erlasse, sondern im lebendigen Gespräch zwischen Lehrern, Eltern und Schülern.
- o Dieses lebendige Gespräch ist nur mit aktiv beteiligten Eltern möglich, sowohl in der Diskussion der Erziehungsziele als auch in der organisatorischen Gestaltung der Schule. Die Mitbestimmungsrechte von Eltern und Schülern sind durch eine Änderung des Schulgesetzes zu erweitern. Dazu gehört die Wahl des Schulleiters durch die Beteiligten und die Einrichtung einer Landeschülervertretung...
- o Die Integrierte Gesamtschule muß in einem fairen Wettbewerb mit dem bestehenden Schulsystem ihre Leistungen unter Beweis stellen können. Wo Lehrer, Eltern und Schülerräger dies wünschen, sind Gesamtschulen zu errichten...
- o Die Gängelung der Hochschulen durch die Hochschulgesetze des Landes hat zu einer beunruhigenden Resignation, vor allem der Studenten, geführt. Geduldige Gespräche zum Abbau des Mißtrauens sind erforderlich. Die Asten müssen wieder eingeführt werden. Alle Sanktionen im Zusammenhang mit Regelstudienzeiten sind aufzuheben. Die Hochschulautonomie ist zu stärken. Die Hochschulgesetze müssen umgehend entsprechend novelliert werden.
- o Die Erwachsenenbildung wird zur zentralen bildungspolitischen Frage der 80er Jahre. Das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung und Meisterung des raschen Wandels der Arbeitswelt schafft einen kaum zu befriedigenden Bedarf. Ein breites Angebot auch im ländlichen



Raum setzt als ersten Schritt mindestens die Verdoppelung der öffentlichen Aufwendungen voraus...

### Bürgerfreiheit gegen Obrigkeitsstaat

Hinter der Fassade liberaler Reden zeigen sich in Baden-Württemberg Tendenzen, die zum Obrigkeitsstaat zurückführen.

Zehntausende junger Menschen werden kartellmäßig erfaßt und überprüft. Der Verfassungsschutz fordert Listen bei den Universitäten an. Streikende und Demonstrierende werden fotografiert. Ein Bürgermeister kann ungerügt verkünden, es sei seine Aufgabe, dafür zu sorgen, daß ein CDU-Mann Rektor werde. Die Ankündigung eines Erlasses über die Kontrolle von Unterrichtsmaterialien soll die Lehrer einschüchtern. Ein verfassungswidriges Kommunalwahlrecht wurde erst nach einem vernichtenden Spruch des Staatsgerichtshofes korrigiert. Die Verwaltung wird dadurch verwirrt, daß der Ministerpräsident dem Bürger die Illusion vermittelt, er könne selbst überall entscheiden. Ein dümmlicher Beamtenknigge, unnötige Staatssekretäre, undifferenzierte Beamtenschalte führen zu Unruhe und Unsicherheit in der Verwaltung.

#### o Verfassungsschutz

Ein freiheitliches Klima verträgt es nicht, daß die politisch Verantwortlichen Schnüffelaktionen decken oder gar anordnen.

Sozialdemokraten fordern die gesetzliche Verankerung wirksamer parlamentarischer Kontrollen für den Verfassungsschutz.

#### o Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst

Sozialdemokraten wollen, daß auch in Baden-Württemberg solange auf die Verfassungstreue des Bürgers gesetzt wird, bis sein Verhalten das Gegenteil erweist. Die Mitgliedschaft in der DKP ist Zeichen einer von uns abgelehnten Gesinnung - aber noch keine Tätigkeit gegen die Verfassung...

#### o Datenschutz

Freiheit verlangt Mut der politisch Verantwortlichen zum Schutz des Bürgers vor neuen Formen der Bedrohung, die den totalen Zugriff auf den Menschen möglich machen. Sozialdemokraten verlangen den umfassenden Schutz persönlicher Daten des Bürgers in allen Lebensbereichen. Dazu gehört eine wirksame Kontrolle durch einen unabhängigen Datenschutzbeauftragten.

#### o Kabelfernsehen

Sozialdemokraten halten nichts von einer Unzahl weiterer Funk- und Fernsehprogramme, die doch nur das Gespräch zwischen den Menschen, in den Familien, kaputtmachen. Sie lehnen vor allem privates Kommerzfernsehen ab, weil es den Bürger manipuliert, sich jeder Kontrolle entzieht und die Meinungsfreiheit auf nur wenige Medienkonzerne beschränkt.

### Vernunft statt Beton - für eine neue Verkehrspolitik

#### o Neue Schwerpunkte

Das künftige Verkehrssystem muß folgenden Zielen gerecht werden:

- Erhöhung der Sicherheit
- Einschränkung des Energieverbrauchs
- Entlastung des Straßennetzes
- Verminderung des Landschaftsverbrauchs und der Umweltbelastung in den Städten und Ortschaften
- Sichere Versorgung aller Regionen auch in Krisenzeiten
- Abbau des Defizits der Bundesbahn.



Zur Erreichung dieser Ziele müssen anstelle des bisherigen forcierten Straßenbaus neue Schwerpunkte gesetzt werden:

- Modernisierung und Ausbau des Schienenverkehrs
- Verlagerung des Schwerlastverkehrs von der Straße auf die Schiene bei großen Entfernungen
- Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs...

o Vorrang für den öffentlichen Personennahverkehr

Der öffentliche Personennahverkehr muß in Ballungsräumen und ländlichen Räumen gleichermaßen ausgebaut werden. Die wichtigsten Maßnahmen hierfür sind:

- Anbindung aller bestehenden und neu zu bauenden Siedlungen an öffentliche Verkehrsmittel
- Bildung von Verkehrsverbänden
- Einbeziehung des Schüler- und Berufspendlerverkehrs; Schnellverbindungen zum Arbeitsplatz
- Sicherstellung einer Mindestbedienung, auch an Sonn- und Feiertagen
- Grundsätzliche Vorfahrt für öffentliche Verkehrsmittel: Ausweisung eigener Busspuren, grüne Welle für Bus und Straßenbahn, und so weiter,

o Verkehrsberuhigung in Städten und Ortschaften

Durch Verkehrslenkung, Verkehrsbündelung und - wenn nötig - Bau von Ortsumgehungen muß der Durchgangsverkehr aus den Ortskernen herausgenommen werden.

In Wohngebieten ist der Individualverkehr drastisch einzuschränken: Durch Schaffung von Wohn- und Spielstraßen, Herabsetzung der Geschwindigkeit, Fahrverbote für Motorräder und LKW während der Nachtzeit, Gleichberechtigung von Fußgängern, Radfahrern und Kraftfahrzeugverkehr, Schaffung von Einbahnstraßen, und so weiter...

Haushalten mit Energie - Keine Kapitulation vor angeblichen Sachzwängen

Sozialdemokratische Energiepolitik kann nicht isoliert gesehen werden. Sie entscheidet maßgeblich darüber, mit welchen Mitteln wir die Hauptziele unserer Politik, Vollbeschäftigung, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, soziale Sicherheit und freiheitliche Demokratie, erreichen und sichern können.

- o Energiepolitik kann deshalb keine Anpassung an angebliche Sachzwänge sein, sondern muß über den gesellschaftlich verantwortbaren Umgang mit der Technik entscheiden. Letztlich handelt es sich um die Frage: Wie wollen wir in Zukunft leben?
- o Sozialdemokratische Energiepolitik zielt auf humanes Wachstum. Sie sichert die Energieversorgung, schont die Umwelt, spart Rohstoffe und Energie, dient dem Menschen.
- o Vorrangiges Ziel ist die stufenweise Verringerung der Energieverbrauchsrate bei Sicherstellung der Energieversorgung. Für die aktuelle Energiepolitik heißt das: Haushalten mit Energie durch bessere Nutzung und rationellere Energieverwendung ist kurz- und mittelfristig unsere wichtigste Energiequelle.
- o In Baden-Württemberg muß vor allem die überdurchschnittliche Abhängigkeit von Öl durch ein Bündel gezielter Einsparmaßnahmen verringert werden. Dazu gehören:
  - Bessere Wärmedämmung an allen, auch öffentlichen Gebäuden
  - Ausbau der Nah- und Fernwärmeversorgung
  - Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs
  - Verlagerung des Güterfernverkehrs von der Straße auf die Schiene
  - Einführung einer Entfernungspauschale
  - Umlegung der KFZ-Steuer auf die Mineralölsteuer
  - Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung





- o Um dem Verbraucher eine bessere Nutzung von Energie zu erleichtern, ist eine Energieverbrauchsordnung notwendig. Sie enthält zur Senkung des Stromverbrauchs unter anderem eine Typenzulassung für Haushaltsgeräte sowie Auflagen für optimale Energiesysteme auch in öffentlichen Gebäuden und Anlagen.
- o Haushalten mit Energie kann nicht allein über den Markt erreicht werden. Zur Verhinderung sozialer Härten müssen auch künftig gezielte finanzielle Anreize zur rationalen Energienutzung gegeben werden, damit die Bürger vorhandene Einsparmöglichkeiten beschleunigt nutzen können.
- o Eine sichere und sozialvertragliche Energieversorgung setzt die Kontrolle und den Abbau des wirtschaftlichen Machtmißbrauchs der multinationalen Ölgesellschaften voraus, zum Beispiel durch
  - verbesserte Kartell- und steuerrechtliche Vorschriften auf nationaler und internationaler Ebene,
  - direkte Lieferverträge mit den Ölförderländern,
  - Aufbau eines nationalen Energiekonzerns...
- o Der Zeitpunkt für eine definitive Entscheidung über eine Energieversorgung mit oder ohne Kernenergie ist noch nicht gegeben. Die SPD Baden-Württemberg hält an der Möglichkeit der Kernenergienutzung fest und entwickelt gleichzeitig eine Politik, die es praktisch möglich macht, ohne Kernenergie auskommen zu können...
- o Beim gegenwärtigen Stand der Sicherheits- und Entsorgungsfrage kann in Baden-Württemberg bis 1984 keine neue Baugenehmigung für ein Kernkraftwerk erteilt werden.
- o Sollte das im Bau befindliche Kernkraftwerk Philippsburg II noch bis 1984 fertiggestellt sein, so kann es in Betrieb gehen, wenn eine Entsorgung sichergestellt ist.
- o In Wuhl ist durch Mißgriffe der Landesregierung in der Bevölkerung soviel Vertrauen zerstört worden, daß dort kein Kernkraftwerk mehr gebaut werden kann...

(-/21.1.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

